Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Zeile 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 139 | Montag, den 17. Juni 1929 | 102. Jahrgang

Vom Dawesplan zum Youngplan

Die Ueberleitungsmaßnahmen

Diplomatenkonferenz Mitte August in Baden-Baden

TU. Paris, 17. Juni. Zur Ueberleitung vom Dawesplan zum Youngplan wird laut Anhang 5 des Youngberichtes ein Ausschuß gebildet werden. Man rechnet mit seinem Zusammentritt frühestens in der zweiten Junihälfte. Der Organisationsausschuß für die internationale Bank dürfte etwa gegen den 25. Juli zusammentreten. Die Wahl des Banksitzes unterliegt der Entscheidung der Regierungen. Frankreich und Belgien würden Brüssel vorziehen, die Deutschen fordern Amsterdam, die Engländer London, während die Amerikaner sich für Basel aussprechen. Die technische Konferenz wird etwa 14 Tage dauern. Nach Aufstellung eines vollständigen Entwurfes könnte dann die Diplomatenkonferenz beginnen.

Die Regierungsführer werden sich, wie u. a. auch der halbamtliche „Excelsior" annimmt, wahrscheinlich in Baden-Baden nach dem 15. August zur Billigung und endgültigen Annahme des Youngplanes versammeln und sein Inkrafttreten, ferner den Banksitz und verschiedene andere Fragen, die die Befugnisse der technischen Ausschüsse überschreiten, festsetzen. Wenn im Laufe der zweiten Augusthälfte die Einigung erfolgt, wird die Bank für internationale Zahlungen am 1. September ihre Arbeiten aufnehmen können. Die in Genf zur Völkerbundstagung anwesenden Außenminister werden dann die der Rheinlandräumung geltenden Fragen zu lösen haben.

*

Deutschnationale Entschließungen gegen den Tributplan.

Der Deutschnationale Parteivorstand beschäftigte sich am Samstag mit dem Pariser Tributplan. Die erste, im Einvernehmen mit der gesamten Reichstagsfraktion gefaßte Entschließung besagt u. a., daß Einleitung und Ausgang der Tribut-Tagung durch die verderbliche Einflußnahme einiger Kreise, insbesondere der Regierung auf die deutschen Sachverständigen sowie die Absicht des Kabinetts, unter das unerträgliche Verhandlungsergebnis eine uneinlösbare deutsche Unterschrift zu setzen, einen Vorgang darstelle, der zu den verhängnisvollsten der deutschen Geschichte gehöre. Alle Mittel müßten versucht werden, die geeignet sein könnten, das Inkrafttreten des neuen Vertrages zu verhindern. Die Deutschnationale Volkspartei werde auf Grund des Artikels 72 der Verfassung im Reichstage den Antrag stellen, die Verkündung des beabsichtigten Genehmigungsgesetzes auf 2 Monate auszusetzen. Damit eröffne sich die Möglichkeit, den Weg für ein Volksbegehren freizumachen.

In der zweiten Entschließung wird festgestellt, daß die deutschen Zusagen in Paris unerfüllbar seien. Die deutsche Wirtschaftsbilanz sei seit 1924 passiv. Weiterführung der Schuldenpolitik bedeute Gefährdung der Währung und völlige Preisgabe der wirtschaftlichen und politischen Zukunft. Die Lockerung der fremden Kontrolle erhöhe die Schwere der deutschen Verantwortung. Die Tributpflicht sei um mehr als ein Menschenalter verlängert, die Tribute müßten künftig in fremder Währung bezahlt werden. Auf die Anrechnung der bereits über 50 Milliarden betragenden deutschen effektiven Leistungen sei ausdrücklich verzichtet. Die Umwandung in eine Kapitalschuld würde jede Hoffnung auf Ermäßigung der kapitalisierten Summe zerstören. Die wichtigste Grundlage des Dawesplanes, daß Deutschland aus den Ueberschüssen seiner Wirtschaft zu zahlen habe, sei verlassen. Die Gründe, nach denen Deutschland nach dem Versailler Vertrag und dem Dawesplan eine Revision seiner Tribute hätte fordern können, seien preisgegeben.

Tages-Spiegel

Reichsaußenminister Stresemann wird auf der Rückreise von Madrid in Paris Aufenthalt nehmen; um mit Briand zu verhandeln. Wie es heißt, werden auch der englische Ministerpräsident und der belgische Ministerpräsident nach Paris kommen.

*

Man spricht neuerdings davon, daß die diplomatische Konferenz zur Annahme des Youngplans Mitte August in Baden-Baden stattfinden soll.

*

Der deutschnationale Parteivorstand hat eine Offensive gegen den Young-Plan beschlossen mit dem Ziel, ein Volksbegehren herbeizuführen.

*

Die letzte Ratssitzung in Madrid benützte Stresemann, um gegen die starke antideutsche Propaganda Polens Stellung zu nehmen.

*

Im Reichstag hielt Wehrminister Gröner eine Rede über ds Wehrproblem.

*

Zwischen Rotfrontkämpfern und Polizei kam es in Billstedt bei Hamburg zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf mehrere Beamte verletzt wurden.

*

Unter großer Anteilnahme fand am Samstag und Sonntag in Stuttgart die 8. Jahrestagung des Reichsverbands der Rheinländer statt, deren Höhepunkt eine Räumungskundgebung bildete.

Abschluß der Madrider Ratstagung

Die Enteignung deutschen Besitzes in Polen

Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen beschlossen.

TU. Madrid, 17. Juni. Die Samstag-Sitzung des Völkerbundsrates konnte erst verspätet beginnen, da vorher schwierige geheime Verhandlungen zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister unter Hinzuziehung des Generalsekretärs des Völkerbundes und der Minderheitenreferenten stattfanden. Im Verlaufe dieser Verhandlungen ist folgende Einigung zustandegekommen, die vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen worden ist:

Punkt 1. Die deutsche und die polnische Regierung verpflichten sich, unverzüglich direkte Verhandlungen über die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums in Polen aufzunehmen und zwar unter Führung des gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundsrates, Botschafter Adatschi, oder einer anderen von ihm bezeichneten neutralen Persönlichkeit. Voraussichtlich wird hierfür der gegenwärtige Präsident der deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtskommission ausersehen werden.

Punkt 2. Der Vertreter hat nicht die Befugnisse eines Schiedsrichters. Die deutsche Regierung behält sich, wenn das auch nicht ausdrücklich erklärt wird, völlige Freiheit vor, jederzeit von sich aus den Internationalen Haager Gerichtshof anzurufen.

Punkt 3. Die polnische Regierung verpflichtet sich, in denjenigen Fällen, wo die Staatsangehörigkeit eines Enteigneten einwandfrei als polnische Staatsangehörigkeit festgestellt wird, den Enteigneten wieder in sein bisheriges Eigentum zurückzuversetzen.

Im Zusammenhang mit den Völkerbundsverhandlungen in Madrid wird von unterrichteter Seite über den Stand der Frage der Liquidation in Polen mitgeteilt, daß noch etwa 5000 Hektar liquidiert werden sollen. Dabei spielt die Frage der Staatsangehörigkeit eine schwierige Rolle.

Die Völkerbundsratstagung ist am Samstag nachmittag mit einer Ansprache des Ratspräsidenten, des Botschafters Adatschi, abgeschlossen worden, in der der Präsident im Namen des Rates der spanischen Regierung den Dank für ihre Gastfreundschaft aussprach.

In der öffentlichen Ratssitzung nahm Dr. Stresemann noch einmal das Wort. Er wandte sich gegen die fortgesetzte polnische Propaganda in Madrid, und insbesondere gegen die Anspielung Zaleskis auf die noch offenen Vorfälle, die er mit scharfen Worten ablehnte.

Stresemann in Audienz beim König von Spanien.

Der Reichsaußenminister und Frau Stresemann sind in Begleitung des deutschen Botschafters in Madrid Samstag vormittag von dem König in Privataudienz empfangen worden.

Die deutsche Abordnung reiste am Samstag Abend von Madrid ab. Dr. Stresemann wird voraussichtlich mit Pressechef Zechlin einige Stunden in Barcelona die Weltausstellung besichtigen. Staatssekretär v. Schubert wird die Ibero-Amerikanische Ausstellung in Sevilla besuchen.

Zusammentreffen Dr. Stresemann mit Briand, Mac Donald und Jasper in Paris?

TU Paris, 17. Juni. Das „Journal" glaubt zu wissen, daß anläßlich des Aufenthaltes Dr. Stresemanns in Paris auch der englische Ministerpräsident Mac Donald und der belgische Ministerpräsident Jasper nach Paris kommen würden, um dort gemeinsam mit Dr. Stresemann und Briand Besprechungen über den Zusammentritt der internationalen Konferenz abzuhaten.

Ein spanisch-französischer Freundschaftsvertrag.

TU. Paris, 17. Juni. Der französische Außenminister Briand hat seinen Aufenthalt in Madrid dazu benutzt, um mit der spanischen Regierung über einen allgemeinen französisch-spanischen Freundschaftsvertrag und Schiedsgerichtsvertrag zu verhandeln. Die Unterzeichnung des Vertrages wird bereits in wenigen Tagen erfolgen.

Gröner über das Wehrproblem

TU. Berlin, 17. Juni. In der Samstag-Sitzung des Reichstages warf Reichswehrminister Gröner bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums die Frage auf, wie sich die Verfechter eines idealen Völkerbundes die Lösung des Wehrproblems gedacht haben. Von einer Abrüstung oder auch nur von einer Rüstungsbeschränkung bei den Siegermächten könne keine Rede sein. Als Grund für die Aufrechterhaltung der Rüstungen werde von unseren Nachbarn immer die Sicherheit bezeichnet. Wer brauche aber die Sicherheit? Wir mit unseren 10 Divisionen oder die Länder um uns herum mit ihren 76 Divisionen? Es wird die Frage aufgeworfen, warum unterhalten wir überhaupt die kleine im Kampf gegen die großen Militärmächte doch nicht brauchbare Reichswehr? Diese kleine Armee verhindert wenigstens, daß freundliche Nachbarn in unseren Grenzgebieten nach Gefallen schalten und walten und daß kriegführende Nachbarn über unsere Neutralität ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen. Ueber die Verwendungsmöglichkeit der Kavallerie ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Ich gebe zu, so fuhr der Minister fort, daß man in unserer Lage über die Zweckmäßigkeit von Panzerschiffen geteilter Meinung sein kann. Mit allem Nachdruck muß ich aber betonen, daß die Erhaltung der Marine im Rahmen des Versailler Vertrages unbedingt notwendig ist, weil sie einen erheblichen Kräftezuwachs für die Landesverteidigung bedeutet. Der Minister teilte dann kurz die Richtlinien für das Bauprogramm der Marine mit.

Alle in Frage kommenden Parteien, so erklärte der Minister weiter, sind sich einig, daß die Wehrmacht rein staatlich eingestellt und ein unbedingt zuverlässiges überparteiliches Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Gewalten sein muß. Nun versteht jede Partei darunter etwas anderes. Gerade deshalb ist es unsere vornehmste Pflicht, die Stellung der Wehrmacht über den Parteien und im uneigennützigen Dienst für Volk und Vaterland zu erhalten.

Zum Schluß besprach der Minister die Kürzungen im Wehretat, denen er nur unter der Bedingung zugestimmt habe, daß sie eine einmalige Maßnahme bleiben. Auf die Dauer könne die Reichswehr bei derartigen Kürzungen ihre Aufgaben selbst im bescheidensten Rahmen nicht mehr durchführen. Einschränkende Maßnahmen wie der Ausfall sämtlicher Manöver seien nur einmal möglich. Das Wehrministerium habe den finanziellen Notwendigkeiten in diesem Jahre weitgehende Rechnung getragen; die Aufrechterhaltung der Verteidigungsmöglichkeiten des Vaterlandes sei aber auch eine Staatsnotwendigkeit.

Segelflieger Schulz tödlich abgestürzt

TU. Stuhm, 17. Juni Der bekannte Weltrekordflieger im Segelflug, Ferdinand Schulz, stürzte mit seinem Begleiter Kaiser über Stuhm tödlich ab. Nach der Einweihung eines Fliegerdenkmals umkreiste Schulz mit seinem Segelflugzeug „Marienburg" das Denkmal in beträchtlicher Höhe. Plötzlich lösten sich die Tragflächen des Flugzeuges und der Flugzeugrumpf stürzte vor mehreren Tausend Zuschauern in die Tiefe. Die eine der Tragflächen stürzte ins Wasser, die andere in eine Straße der Stadt herunter. Die Insassen des Flugzeuges waren sofort tot und schrecklich verstümmelt.

Schulz förderte bekanntlich besonders den Segelflug. Am 19. Oktober 1927 errang er den Weltrekord im Segelflug, den bis dahin die Franzosen innehatten, und stellte Rekorde sowohl im Dauerflug, wie im Strecken- und Höhenflug auf. Der von ihm aufgestellte Höhenrekord betrug 650 Meter.

Die französischen Ozeanflieger am Ziel

TU. Berlin, 17. Juni. Wie Berliner Blätter aus Paris melden, sind die Ozeanflieger Assolant und Lefevre und Lotti am Sonntag abend 8.44 Uhr mit ihrem „Gelben Vogel" nach zweimaliger Zwischenlandung wohlbehalten in Le Bourget, dem Pariser Flughafen, eingetroffen.

Vor einem polnischen Ozeanflug von Rom aus?

TU. Mailand, 17. Juni. In den nächsten Tagen starten zwei polnische Flieger zum Ozeanflug von Rom nach New York. Sie werden sich eines italienischen Caponi-Apparates bedienen. Der zurzeit in Spanien weilende Primas von Polen, Kardinal Hlond, hat sich zum Flughafen von Daliedo bei Mailand begeben, um das Flugzeug zu segnen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Um das Preußen-Konkordat

TU. Berlin, 15. Juni. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist am 14. Juni um 11 Uhr vormittags der Staatsvertrag zwischen dem freien Staat Preußen und der römischen Kurie vom preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und dem päpstlichen Nuntius Pacelli unterzeichnet worden.

Die preußische Regierung gibt sich den Anschein, als ob sie mit großer Zuversicht der parlamentarischen Laufbahn des Konkordats entgegensehe. Tatsächlich liegen die Verhältnisse für das Konkordat aber sehr ungünstig. Die Bedenken, die zumal von volksparteilicher Seite bisher geäußert werden, haben auch auf die Demokraten Eindruck gemacht. Auch die Deutschnationalen verhalten sich vorläufig ablehnend und werden höchstens zu gewinnen sein durch Zugeständnisse der evangelischen Kirche gegenüber. Es kann also schon sein, daß über dem Konkordat die ganze preußische Koalition in die Brüche geht. Vorläufig muß der Entwurf vom Staatsrat behandelt werden, der sein Gutachten abzugeben hat.

Der Inhalt des Staatsvertrages

mit der Kurie ist in seinen Grundzügen bereits bekannt. Die Neuregelung beschränkt sich nicht nur auf die äußere Organisation und die finanziellen Beziehungen, sie erstreckt sich auch auf die Frage der Bischofswahl, des Domkapitels, der katholischen Fakultäten und die Vorbildung der Geistlichen. Der Text des Abkommens verstärkt den Eindruck, daß der bestehende Rechtszustand sich nicht unerheblich zu Ungunsten des Staates verschoben hat. Die Schaffung der neuen beiden Erzbistümer Breslau und Paderborn, die sich zwangsläufig aus der wachsenden Zahl der Katholiken erklärt, gibt zu Beanstandungen kaum einen Anlaß. Sie entspricht auch dem deutschen Allgemeininteresse, das auch eine stärkere deutsche Vertretung im Kardinalskollegium ermöglichen wird. Die Kurie wird außerdem ermächtigt, „kirchliche Aemter frei zu errichten", falls Aufwendungen aus staatlichen Mitteln nicht beansprucht werden. Die Freiheit, von sich aus neue Bistümer zu errichten, schließt diese Bedingung offenbar nicht in sich.

Von größter Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Bischofswahl. Bisher reichten die Domkapitel ihre Listen ein. Der Staat strich daraus die ihm unangenehmen Kandidaten, er verhinderte, daß ein staatlich beanstandeter Bischofskandidat, der etwa in nationaler Beziehung oder mit Rücksicht auf die Sicherung des konfessionellen Friedens Gefahren heraufbeschwören kann, gewählt wurde. Erst wenn der Staat seine souveränen Rechte gegenüber der Liste ausgeübt hatte, erfolgte die Wahl durch die Domkapitel, aus deren Zusammensetzung dann erst die von ihm ernannten Mitglieder, nämlich 50 Prozent, außerdem noch Einfluß hatten. Dann bestätigte der Papst die Ernennung der Gewählten oder bestätigte sie nicht. Das Gleichgewicht war also gewahrt. Die Neuregelung verschiebt den Rechtszustand sehr zum Nachteil des Staates Im Falle einer Vakanz werden von den übrigen Bischöfen und den Kapiteln in Rom Listen eingereicht. Der Papst benennt „unter Würdigung dieser Listen" drei Personen, aus denen das Kapitel den Erzbischof oder Bischof zu küren hat. Die Kandidaten sind demnach von der höchsten kirchlichen Autorität vorgewählt. Die Wahl des Domkapitels ist nicht mehr frei. Der Papst kann einen Kandidaten, der Rom besonders genehm ist, neben zwei vom Kapitel vorgeschlagenen zur Wahl stellen. Der Staat darf lediglich politische Bedenken geltend machen. Ein immerhin sehr fragwürdiger Begriff. Ein direktes Vetorecht steht ihm nicht zu. Im Konfliktsfalle würde das Zentrum, das in Preußen auf lange Sicht hinaus in der Regierung vertreten bleiben wird, sicherlich den Ansprüchen der Kurie bald mehr Verständnis entgegenbringen, als sie es jetzt tut.

Bedenklich ist ferner, daß der neue Vertrag dem Bischof das Recht gibt, Einwendungen gegen Lehre und Wandel neu zu berufender oder amtierender Professoren der katholischen Fakultät zu erheben, die dann das Kultusministerium von sich aus unter Wahrung der Beamtenrechte durch Abstellung der Mängel zu erledigen hat. Dieselben Bedenken bestehen gegenüber der durch den Vertrag festgesetzten Gleichstellung des Besuches deutscher Universitäten oder Ausbildung der Pfarrer mit dem Besuch der päpstlichen Hochschulen, zu denen in Zukunft außer dem Collegium Germanicum auch noch andere gehören könnten. Der Besuch österreichischer Universitäten gilt nach den neuen Bestimmungen als gleichberechtigt, was immerhin eine erfreuliche Konzession ist.

Der Vertrag mit der Kurie geht nun zunächst an den Staatsrat. Er wird dann vermutlich dem Ausschuß überwiesen werden und dann vermutlich erst vor den Landtag kommen. Die einschlägigen Fraktionen werden die Zwischenzeit dazu benützen, um sich eingehend mit dem Wortlaut des Abkommens zu beschäftigen.

Ein Redekampf Stresemann-Zaleski in Madrid

Die Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen vor dem Rat.

TU. Madrid, 15. Juni. In öffentlicher Sitzung behandelte der Völkerbundsrat am Freitag die Beschwerde der deutschen Abgeordneten des polnischen Sejms über die Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen. Dr. Stresemann gab eine längere Erklärung ab, in der er betonte, daß diese Frage unter dem doppelten Gesichtspunkt einer Frage des Minderheitenrechts und einer Frage der rechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bereits seit vielen Jahren erörtert worden sei. Die Bemühungen der deutschen Regierung, mit der polnischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, seien bisher an der Haltung Polens gescheitert. Im Namen der deutschen Regierung könne er die Erklärung abgeben, daß sie Gegenvorschläge, die eine gerechte Lösung auf dem Wege der Verständigung vorsehen, ihre Zustimmung geben würde. Jedoch dürften in strittigen Fällen bis zur Entscheidung weder durch Aufnahme neuer, noch durch Fortführung bereits begonnener Enteignungen feste Tatsachen geschaffen werden. Er nehme an, daß die polnische Rgierung sich zu der Zusage, von der Durchführung der Enteignung bis zur endgültigen Klärung abzusehen, ohne weiteres bereit finden könne. Er wolle nicht davon sprechen, was es überhaupt heute bedeute, daß 10 Jahre nach Friedensschluß noch das System der Enteignung von Eigentum zur Anwendung gebracht werde.

Der polnische Außenminister Zaleski erhob auf das energischste Einspruch gegen die Gepflogenheit, Minderheitenfragen unmittelbar vor den Völkerbundsrat zu bringen, statt sie auf dem üblichen Wege der Dreierausschüsse für Minderheitenfragen zunächst behandeln zu lassen. Er spreche der deutschen Regierung amtlich das Recht zu einem derartigen Verfahren ab. Dr. Stresemann machte nach Zaleskis Rede den Vorschlag, eine Frist für die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen festzusetzen und im Falle des Scheiterns der Verhandlungen den Haager Schiedsgerichtshof anzurufen. Der Vorsitzende Adatschi soll die Verständigung zwischen den Parteien zu erreichen suchen und dem Rat hierüber Mitteilung machen.

Das Problem der Weltherrschaft

Amerika und England teilen sich in die Macht und beherrschen die Welt.

TU Newyork, 15. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, beabsichtigt Präsident Hoover, in der Besprechung mit MacDonald dem englischen Ministerpräsidenten eine Teilung des Atlantischen Ozeans zwischen Amerika und England vorzuschlagen, sodaß England die Kontrolle über die europäischen und afrikanischen Gebiete, den Vereinigten Staaten die Kontrolle über die westliche Welt verbleibt. Die Frage des Stillen Ozeans gelte vorläufig durch das Washingtoner Abkommen als geregelt.

Die belgischen Markforderungen

Beginn der Verhandlungen in Brüssel.

TU Brüssel, 15. Juni. Dr. Ritter, der von deutscher Seite die Markverhandlungen führen wird, ist hier eingetroffen. Gestern begab sich Dr. Ritter in das Außenministerium, wo er den belgischen Außenminister Hymans begrüßte. Darnach fand eine erste Besprechung zwischen Dr. Ritter, Sturm und Frere statt, über die aber keine Mitteilung an die Presse gegeben wurde. Wie der Vertreter der Telunion erfährt, werden die Vertreter auch in Verbindung mit der Markfrage die Frage der Zwangsversteigerung deutschen Gutes besprechen. Man nimmt an, daß die Verhandlungen sich über 2—3 Wochen hinziehen werden.

Frankreichs Kolonialpolitik

TU. Paris, 17. Juni. Die letzte Kammersitzung, in der nicht weniger als 7 Anfragen über die Zustände in den französischen Kolonien zur Sprache kamen, glich einer Gerichtssitzung über die französische Kolonialpolitik. Der sozialistische Abgeordnete Nouelle ging besonders auf das Massensterben in Französisch-Mittelafrika und auf den Bahnbau von Brazaville nach dem Ozean ein. In 7jähriger Arbeit sei erst ein Drittel des Werkes ausgeführt. Die zur Verfügung gestellten Geldmittel seien bereits wesentlich überschritten. **20 000 Eingeborene seien bei der Zwangsarbeit gestorben.**

Der Kongo sei entvölkert und in Ubandi-Schari herrsche offener Aufstand. 1000 Eingeborene seien dort getötet worden und weitere 5000 halte man gefangen. Der Kolonialminister Maginot erwiderte, er habe Weisung gegeben, die Ordnung mit den geringsten Verlusten an Menschenleben wiederherzustellen. Nouelle bezeichnete als Grund für den Aufstand das System der Zwangsarbeit, das nur verkleidete Sklaverei sei. Auch der Kommunist Piquemal verlangte Aufklärung über die Ereignisse in Mittelafrika.

Der frühere Generalgouverneur von Indochina, der Sozialist Varenne, forderte Bekanntgabe der Richtlinien der französischen Politik im fernen Osten. Die Frage der Eingeborenenarbeiter sei international. Alle Staaten seien vor dem Weltgewissen verantwortlich. **Jedenfalls müsse der Völkerbund eingreifen.**

Die Beratung der Anfragen über die Ereignisse in Marokko wurde auf Ersuchen des Kriegsministers auf nächsten Freitag festgesetzt. Der Kriegsminister teilte zu der Niederlage französischer Truppenteile in Marokko folgende Einzelheiten mit:

Der Kommandant des Postens Aid Jacoub habe zur Instandsetzung der Linie, die unter seinem Befehl stehende Garnison, im ganzen etwa 400 Mann, in der Richtung El-Bordj abmarschieren lassen und damit die Richtlinien der vorgesetzten Behörde überschritten, nach denen nur Hilfskräfte für derartige Operationen eingesetzt werden dürfen. Sie seien dann in einen vorbereiteten Hinterhalt gefallen. Der Posten Aid Jacoub scheine teilweise eingeschlossen und noch nicht völlig entsetzt zu sein. Seine Garnison sei etwa 300 Mann und 2 Kanonen stark. Die Zahl der Aufständischen habe sich nicht vermehrt und die Lage sei besser. Es scheine also, daß es sich nur um einen örtlich beschränkten Angriff nicht unterworfener Stämme handle. Nach einer amtlichen Mitteilung sind bei El-Bordj 7 Offiziere und 73 Unteroffiziere und Soldaten gefallen, 2 Offiziere und 28 Soldaten verwundet worden.

Nervosität im Fernen Osten

Amtliche japanische Kreise erklären zu den Gerüchten über den russischen Vorstoß nach der Mandschurei, die japanische Regierung werde nach eingehender Prüfung dieser Gerüchte in Moskau energisch Einspruch erheben. Ein solcher Vorstoß bedrohe die japanischen Interessen in der Mandschurei.

Sowjetrußland stellt den Einmarsch in die Mongolei in Abrede.

TU. Kowno, 15. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, werden von amtlicher russischer Seite die aus chinesischen und englischen Quellen stammenden Gerüchte über einen Einmarsch roter Truppen in die Mongolei in Abrede gestellt. Es wird erklärt, daß kein einziger Soldat der Roten Armee sich auf mongolischem Boden befinde.

Der goldene Mantel.

Roman von Heinz Welten.

Copyright by Romandienst Digo, Berlin W 30.

(54. Fortsetzung.)

Noch immer fährt er zuweilen nach Würzburg, um Schmuckstücke einzuhandeln. Aber es geschieht nur mehr, um sich mit ihnen zu schmücken oder um sie seinen Freunden zu schenken. Mit offenen Händen wirft er das Geld hinaus und freut sich der glücklichen Gesichter. Wie ein hitziges Fieber ist es über ihn gekommen und jagt ihn von Genuß zu Genuß.

Mit allen ist er jetzt gut Freund, nur mit der Einen nimmer. Er weicht ihr aus und betritt ihr Haus nimmermehr, so schwer es ihm auch wird, sie zu meiden. Noch schwerer aber würde ihm sein, ihr in die Augen zu sehen, in die großen braunen Märchenaugen, die kein Arg und keine Falschheit kennen. Er fürchtet sich vor diesen Augen.

Noch ein anderes fürchtet er, eines, dem er nicht ausweichen kann. Wenn die Sonne hinter den Bergen niedergeht, wenn die langen schwarzen Schatten an den Felsen hochkriechen, wenn der Hügel der Engelsburg schwarz daliegt in der Landschaft und das helle Tagblau des Himmels vom tiefen Nachtblau abgelöst wird, in dem die Sterne funkeln, wird er ernst und still. Schweigend sitzt er zwischen den Zechgenossen, während ein Frösteln ihm am Rücken hochsteigt. Flehentlich bittet sein Mund die Trunkenen, ihn nicht allein zu lassen, mit ihm zu zechen, bis der Morgen graut. Doch der Nachtwächter klopft mit dem Spieß an die Scheiben und gebietet Feierabend. Gähnend verschließt die dicke Imma das große Tor. Und während draußen auf der Gasse die Schritte der Heimkehrenden verklingen, schleicht er zag hinauf in seine Kammer, streift sein Gewand ab und legt sich auf sein Bett. Und wartet auf die beiden, die immer wieder kommen und bei ihm bleiben bis an sein unseliges Ende.

Aus dem Schrank, durch das Fenster, aus der Wand heraus kommen sie, sobald er die Ampel gelöscht hat, setzen sich auf den Bettrand und halten Zwiesprach, und er muß ihnen lauschen. Noch immer trägt der Weiße die Züge und die Gewandung des Paters Benediktus; doch der Venezianer schaut aus wie der Wechsler Deuschlin und manchmal wachsen ihm Hörnlein aus der Stirn, und er gleicht dem Furchtbaren, dessen Namen man nicht ausspricht.

Sie sitzen am Bettrand und reden geraume Zeit, bis sie ineinander verschmelzen und Ulpianus erkennt, daß er selbst in beiden ist und sie in ihm sind, daß sie nichts sagen und nichts reden, was nicht aus ihm selbst geboren ist. Oft sitzen sie und reden die ganze Nacht, bis der Hahnenschrei befreiend laut wird und die Morgendämmerung sich durch die Fenster stiehlt.

Still und hilflos liegt Ulpianus und starrt auf den Mönch und auf den Schwarzen. Nicht immer sitzen sie an der nämlichen Stelle. Oft sitzen sie ihm zu Häupten, oft zu den Füßen, und immer fühlt er ihr Gewicht auf seiner Brust, so daß er nicht atmen kann. Doch nicht die Atemnot ist das schlimmste. Wenn die Augen des Mönchs sich feuchten und die Tränen auf den Schlafenden niederfallen, brennen die salzigen Tropfen gleich geschmolzenem Blei. Schlimmer noch ist es, wenn der Venezianer den Tränen sein Lachen entgegenstellt. Denn dieses Lachen ist ein zweischneidiges Messer, das dem Schlafenden durch den Leib fährt, ist ein spitzes, glühendes Eisen, das sich tiefer und tiefer in nimmer vernarbende Wunden wühlt.

Mit angstvoll aufgerissenen Augen liegt Ulpianus in seinem Bett und schaut, ob die Augen des Paters sich feuchten. Dann beißt er die Zähne aufeinander. Doch wenn der Mund des Venezianers sich zum Lachen verzieht, stockt ihm das Blut in den Adern, und sein Mund öffnet sich weit in namenlosem Grauen.

„Hoffnungen bringe ich den Menschen," krächzt der Venezianer, „Hoffnungen, die besser sind als jeglicher Mammon. Loszettel erhalten sie von mir und sie erhoffen sich von ihnen einen namhaften Gewinn. So werde ich ihnen zum Wohltäter."

Aber der Mönch läßt den Einwand nimmer gelten. „Hoffnungen gibst du den Menschen! Du Schelm! Du Betrüger! Du ehrloser Wicht! Die Menschen häufen Wohltaten auf dich und vergönnen dir einen sonnigen Lebensabend voller Freuden und Genüsse, wie er nur wenigen Sterblichen zuteil wird. Und du vergiltst ihnen mit Lug und Trug. Gehe in dich, du sündiger Mensch. Tue Buße, auf daß dir Verzeihung werde. Denn auch für dich ist der Herr am Kreuze gestorben. Gehe in dich, ehe denn es zu spät ist."

Er fällt vor dem Bett auf die Knie: „Miserere mei, Deus, secundum magnam misericordiam tuam. Et secundum multitudinem miserationum tuarum dele iniquitatem meam."

Doch der Venezianer verzieht das Gesicht zu faunischem Grinsen. „Brauche Dein Beten nicht, brauche keine Vergebung. Trage keine Schuld. Gleich auf gleich steht meine Rechnung mit denen, so mir geben. Hoffnungen gebe ich ihnen für ihr Geld. Hoffnungen sind wertvoller denn Gulden und Dukaten. Nicht Habsucht, nicht Neid können sie nehmen. Jeder vermag sie zu bewahren."

Wieder erhebt der Mönch seine Stimme. „O, du Elender! O, du Erbärmlicher! Und wenn sie erfahren, daß die Lose gefälscht sind? Dann wächst aus der Hoffnung die Verzweiflung, die ihnen das selbstmörderische Messer in die Hand drückt. Dann wirst du Schelm und Betrüger auch noch zum Mörder. Wie willst du dereinst bestehen vor dem Ewigen mit solcher Sündenlast? Wahrlich, ich sage dir, dir wäre besser, du wärest nimmer geboren."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kleine politische Nachrichten

Das Arbeitsprogramm des Reichstages. Im Reichstag gab Reichstagspräsident Löbe einen Überblick über die Reihenfolge, in der die einzelnen Haushaltspläne erledigt werden sollen. Darnach soll nach dem Justizhaushalt beraten werden: der Wehrhaushalt, der Haushalt für das Reichsfinanzministerium, für die besetzten Gebiete, für das Auswärtige Amt und schließlich das Haushaltsgesetz. Daran wird sich die dritte Lesung des Reichshaushaltsplanes anschließen. Der Reichshaushaltsplan muß nicht nur bis Ende Juni fertiggestellt werden, sondern noch einige Tage früher, damit auch der Reichsrat zu dem stark abgeänderten Haushalt Stellung nehmen und der neue Reichshaushaltsplan am 1. Juli in Kraft treten kann.

Besuch des Prinzen von Wales in Deutschland. Der englische Thronfolger, der Prinz von Wales, hat die Absicht, im Juli nach Deutschland zu kommen. Es handelt sich um keinen offiziellen Besuch. Der englische Kronprinz wird sich in Deutschland einige Wochen inkognito aufhalten und nur die notwendigsten Höflichkeitsbesuche machen.

Belgien will an der Besetzung der dritten Zone teilnehmen. In Ergänzung der bisherigen Nachrichten über Belgiens Vorbereitungen zur Rheinlandräumung erfährt der Vertreter der Telegraphen-Union, daß die französische Regierung bei der belgischen darauf gedrungen hat, daß Belgien sich verpflichtet, gegebenenfalls bei der Besetzung der dritten Zone mit Frankreich zusammenzuarbeiten. Belgien hat diesen Vorschlag angenommen und verfügt, daß das erste Reiterregiment nach der Räumung der zweiten Zone nach Trier geht.

Gegen die belgische Hetzpropaganda. In letzter Zeit sind aus Belgien in Deutschland Briefe eingetroffen, deren Umschläge zu belgischer Hetzpropaganda benutzt worden sind. U. a. ist ein Aufdruck festgestellt worden, der von neuen deutschen Verleumdungen hinsichtlich Dinants spricht. Das Reichspostministerium hat sich infolgedessen in einem Schreiben an die belgische Postverwaltung gewandt und auf Grund der Bestimmungen des Weltpostvereins darauf hingewiesen, daß nach den deutschen Bestimmungen keine beleidigenden Angaben auf den Umschlägen enthalten sein dürfen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die belgische Postbehörde hierzu stellen wird.

Rheinländerkundgebung in Stuttgart

Der Reichsverband der Rheinländer hat in Stuttgart unter außerodentlich starker Anteilnahme der Delegierten der angeschlossenen Ortsgruppen aus allen deutschen Gauen mit seltener Einmütigkeit und Geschlossenheit innere organisatorische Fragen und seine heimatpolitischen Aufgaben für die nächste Zukunft beraten. Dem Reichsverband sind eine Fülle von Begrüßungstelegrammen und Glückwunschschreiben zugegangen, die zum Teil sehr ausführlich und anerkennend die Tätigkeit des Verbands im Interesse des besetzten Gebietes würdigen.

Staatspräsident Dr. Bolz hielt anläßlich einer Kundgebung im Schloßhof folgende Ansprache: Der Zustimmung aller Schwaben bin ich sicher, wenn ich Sie, liebe Mitbrüder vom Rhein, im Namen des schwäbischen Volkes aus Anlaß Ihrer 8. Jahrestagung in Stuttgart begrüße. Seien Sie uns herzlich willkommen. Nehmen Sie mit dem Gruß auch den Dank entgegen für das entschlossene Ertragen der mit der Besetzung verbundenen Leiden und Entbehrungen. Bei dieser Dankesbezeigung darf ich mich zum Dolmetsch aller Deutschen außerhalb der besetzten Gebiete machen. Für uns alle haben Sie 10 Jahre gelitten und ausgehalten und wiederholt Hoffnung auf Befreiung dahinschwinden sehen. Hoffnung auf Befreiung! Wiederum stehen wir vor einem Ereignis und einer Entscheidung, mit der das Wort von der Befreiung der besetzten Gebiete verbunden wird. Ist auch die Hoffnung auf Erfolg, auf endliche Verwirklichung damit verbunden? — Schon einmal hat man von Rückwirkungen eines Vertrags gesprochen. Hoffnungen wurden genährt. Hoffungen wurden enttäuscht. Man hat uns das Recht auf Räumung bestritten, man hat auch eine moralische Verpflichtung zur Räumung auf Grnd des Locarnovertrages nicht anerkannt. Mögen unsere Verantwortlichen nicht zum zweiten Male sich mit erhofften, aber ausgebliebenen Rückwirkungen begnügen. Man hat ja in dem fürchterlichen Vertrag von Versailles den Unterdrückten ein paar bescheidene Rechte eingeräumt. Und eines dieser Rechte ist das auf Räumung. Freilich gibts keinen Richter und keinen Gerichtsvollzieher zur Durchsetzung dieser Rechte. Aber eines kann man uns nicht nehmen: daß wir die Anklage vorenthaltener Rechte in die Welt hinausrufen. Und ein zweites können wir, wenn wir den Willen dazu haben: den Versuch, die Räumung durch neue Bindungen und Fesseln zu erkaufen, von vornherein entschlossen zurückweisen. Wir können das umso leichter, als der feste Wille der Bewohner des besetzten Gebietes das von uns verlangt. Für dieses heldenmütige Opfer und Bekenntnis der Treue können wir nur in Bescheidenheit danken.

Präsident Dr. Kaufmann führte nach einem historischen Ueberblick über Frankreichs Rheingelüste ungefähr folgendes aus: Mit dem Erscheinen fremder, darunter zahlreicher farbiger Truppen auf dem durch mehr als 2000jährige Kultur hoch entwickelten urdeutschen rheinischen Boden begann eine der ergeifendsten Tragödien der Geschichte. Aber viel Großes ist mit gefesselter Faust gewonnen worden. Es siegte ein waffenloses Volk über einen waffenstarrenden Feind. Es ist ein Hohn auf Recht und Moral, eine wahre Karrikatur der Völkerbundsidee, daß noch immer am Rhein die Clairons ertönen, der Geßlerhut sich erhebt und durch eine Besetzung von früher unerhörter Stärke und Dauer die Westmark wirtschaftlich und kulturell bis ins Herz getroffen wird und einer blutenden Wunde gleicht. Grenzländer waren immer Schicksalsländer. An der Lösung der Lebensfrage des Rheinlandes für das deutsche Volk mitzuarbeiten sei heute unser Gelöbnis. Bewegten Herzens grüßen wir den Rhein, Deutschlands hochschlagende Pulsader, Mosel und Saar. Daß sie bald von unerträglicher Gewaltherrschaft erlöste, frohschaffende Männer und Frauen, ein freies Volk auf freiem Grund, wieder umrauschen mögen, ist in dieser Stunde unser Wunsch, unser Wille und unser Gebet.

Im Anschluß daran wurde eine Entschließung gefaßt in der es u. a. heißt: Wir fordern als deutsches Recht die sofortige bedingungslose Räumung, die Ablehnung jeder Gegenleistung für den Abzug der Besatzung, die Verweigerung jeder Art Sonderkontrolle. Wir erwarten die sofortige Rückkehr des Saargebiets, die Zurückweisung jeden Gedankens an einen Saarfreistaat nach Danziger Muster, die Verwerfung jeder Wirtschafts- und zollpolitischen Bindung des Saargebiets an Frankreich. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die erhebende Feier ihren Abschluß.

Aus Stadt und Land

Calw, den 17. Juni 1929.

Dienstnachrichten.

Die Reichsbahndirektion hat Reichsbahnsekretär Roelli in Calw nach Seelze und Reichsbahnobersekretär Enslin in Hirsau nach Hannover versetzt.

Besitzwechsel.

Das Sattlermeister Weißer in der Kronengasse gehörige Haus ging um den Kaufpreis von 14 000 RM. in den Besitz des Elektroinstallateurs Gerber in Calw über.

Verkehrsunfall.

Gestern abend ½7 Uhr fuhr ein Fräulein von hier mit ihrem Fahrrad in übermäßig raschem Tempo die Stuttgarterstraße abwärts, so daß es ihr nicht mehr gelang, in die Bahnhofstraße einzubiegen. Sie fuhr mit voller Wucht auf die Gartenmauer des Hauses Dr. Pfeilsticker auf und zog sich hierbei erhebliche Kopfverletzungen zu. Die Verunglückte wurde sofort von Dr. Pfeilsticker in Behandlung genommen. Glück im Unglück hatte sie insofern, als sie beim Aufprall mit dem Kopf nicht auf die Steinmauer, sondern an den auf der Mauer befindlichen Holzzaun aufschlug; andernfalls hätte der Unfall wohl einen schlimmen Ausgang genommen.

Erfolgreiche Musikvereine.

Auf dem Musikwettstreit in Mühlhausen an der Würm haben neben dem Musikverein Gechingen, der, wie bereits bekannt gegeben, in der mittleren Stufe einen 1b-Preis mit 77 Punkten errang, auch der Musikverein Hirsau und die Feuerwehrkapelle Unterreichenbach in der unteren Stufe je einen 1b-Preis erzielt. Die Leistung Hirsaus wurde mit 68, diejenige Unterreichenbachs mit 70 Punkten bewertet.

Das Jakobifest in Bad Teinach.

Nach zweijähriger Pause soll hier wieder am 28. Juli das allseitig beliebte Jakobifest, verbunden mit Hahnentanz und Volkstrachtenaufzug, abgehalten werden. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits im Gange und liegen wie vor zwei Jahren in den Händen des Kurvereins.

Prüfung der Verkehrsstärke.

Um die Stärke des Abendverkehrs an den Sonntagen festzustellen, wurden am Sonntag abend die Fahrzeuge, welche die Straßenkreuzung Stuttgart - Pforzheim - Wildbad - Nagold - Freudenstadt beim Hotel Adler passierten, in der Zeit von 5—8 Uhr gezählt. In dieser Zeit (also innerhalb 3 Stunden) fuhren 822 Kraftfahrzeuge über diese Straßenkreuzung. Es kommen somit auf die Minute umgerechnet 4,5 Kraftfahrzeuge.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer Reutlingen.

In einer am 6. Juni in Tuttlingen auf dem Rathaus abgehaltenen Sitzung des Vorstandes der Handwerkskammer Reutlingen wurde von Syndikus Eberhardt mitgeteilt, daß dem Antrag auf Ernennung des Beton-, Werkstein- und Zementwarengewerbes als selbständiges Handwerk nicht entsprochen werden konnte. Dankbar wurde der Erlaß des württ. Innenministeriums aufgenommen, nach dem Lichtbilder, durch Photomaten hergestellt, zu Legitimationszwecken als unbrauchbar von den Behörden zurückgewiesen werden müssen. Gewünscht wurde, daß in dem Gesetzentwurf zur Änderung des Branntweinmonopols die Interessen des Küferhandwerks, die gleichzeitig noch das Brennereigewerbe ausüben — und damit auch des Kupferschmiedgewerbes — nicht verletzt werden. Erfreulich ist, daß von allen Seiten eine Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für notwendig erachtet wird. Von Interesse ist auch die Feststellung, daß das Landesarbeitsamt Stuttgart in der Zeit vom 1. April 1928 bis 1. April 1929 nach Berlin über 10 Millionen Mark abgeführt hat, während Bayern einen Zuschuß von 46,2 Millionen Mark benötigte. Dem Ende März an das Kultministerium erstatteten Bericht über die Vorbildung der Lehrlinge durch die Volksschule stimmte der Vorstand zu. Zu der Veranstaltung einer allgemeinen württ. Landesausstellung in Stuttgart nahm der Vorstand auch auf Grund der eingegangenen Berichte der Gewerbevereine einen ablehnenden Standpunkt ein. Was die Führung der Handwerksrolle anbelangt, so kam der Vorstand zu der Auffassung, sich für eine einfache und kostensparende Einrichtung der Rolle einzusetzen. Auf dem Gebiet des Lehrlings-, Gesellen- und Meisterprüfungswesens wurde eine größere Anzahl von Gesuchen zur Erledigung gebracht. Ehrenurkunden sowohl an Meister als auch Gesellen konnten wiederum verliehen werden. Die Vollversammlung der Kammer wird am 9 Juli stattfinden.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Im Osten liegt Hochdruck; die Depression im Nordwesten hat sich abgeschwächt. Für Dienstag und Mittwoch ist zu Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

Nagold, 16 Juni. Anhänger der Reichswirtschaftspartei wollten hier eine Ortsgruppe gründen. Der Besuch der Gründungsversammlung war aber so schwach und verriet so wenig Interesse, daß zunächst von der Gründung einer Ortsgruppe hier abgesehen werden mußte.

SCB. **Stuttgart**, 16. Juni. Am Samstag nachmittag wurde das neue städtische Schwimmbad in Heslach, Ecke Adler- und Möricke**straße, mit einer kleinen Feier eröffnet.** Das neue Schwimmbad, 58 Meter lang und 20 Meter breit, ist das größte Hallenschwimmbad Deutschlands.

SCB. **Stuttgart**, 16. Juni. In der Nacht zum 24. März hat der 24 Jahre alte ledige Mechaniker Kurt Krauß in Plieningen eine Scheune angezündet, um in seiner Eigenschaft als Hornist der Freiwilligen Feuerwehr in Plieningen auch einmal zu einem wirklichen Brand Alarm blasen zu können. Durch dieses frivole Verhalten entstand ein Schaden von 25 000 Mark, der allerdings durch Versicherung gedeckt ist. Vom erweiterten Schöffengericht wurde der Angeklagte jetzt zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt.

SCB. **Eßlingen** a. N., 16. Juni. Gestern abend kurz vor 12 Uhr überschlug sich bei der Baumwollspinnerei Brühl aus bis jetzt unbekannten Gründen ein auf der Fahrt von Stuttgart nach Eßlingen befindlicher geschlossener Personenkraftwagen, der mit 4 Personen besetzt war, und begrub die Insassen unter sich. Während der Fahrzeuglenker und die neben ihm sitzende Begleiterin mit dem Schrecken davon kamen, wurden die übrigen Insassen, zwei Frauen aus Stuttgart, so schwer verletzt, daß sie kurz nach dem Unfall verstarben.

SCB. **Reutlingen**, 16. Juni. Der Voranschlag der Oberamtspflege beträgt in Einnahmen 286 628, in Ausgaben 1 208 226 RM., so daß sich eine Unzulänglichkeit von 921 598 ergibt. Zu ihrer Deckung beschloß die Amtsversammlung eine Amtskörperschaftsumlage von 880 000 RM. (im Vorjahr 990 000 RM.) zu erheben und aus Restmitteln 41 598 (23 152) RM. zu entnehmen.

SCB. **Reutlingen**, 16. Juni. Auf dem Reutlinger Hauptbahnhof kam es gestern nachmittag 5 Minuten vor 4 Uhr zu einem Zusammenstoß zweier Leerwagen, bei dem keine Personen verletzt wurden. Die beiden Leerwagen stießen deswegen aufeinander, weil der Rangierer die Bremse des einen Wagens zu spät gezogen hatte, so daß der betreffende Güterwagen auf ein Gleis mit leeren Personenwagen geriet und in einen derselben hineinfuhr. Der Gesamtschaden soll nicht unerheblich sein.

SCB. **Freudenstadt**, 16. Juni. Landjäger Zeller hier hat am 18 Mai 1928 den Altensteiger Raubmörder Karl Maier von Nagold ermittelt und festgenommen. Das Justizministerium hat ihm nun in Anerkennung seiner besonderen Verdienste eine Belohnung in Höhe von 500 RM. bewilligt.

wp. **Künzelsau**, 16. Juni. In Ingelfingen wurde unter dem Vorsitz von Landesökonomierat Krattenmacher eine Eierverwertungsgenossenschaft für den Bezirk Künzelsau gegründet. Die bereits bestehenden Genossenschaften in den Bezirken Gerabronn, Mergentheim und im Oberland können das Bedürfnis nicht befriedigen.

Baden-Baden, 16. Juni. Verhandlungen zwischen der Firma Reemtsma und dem badischen Justizminister Dr. Trunk in Hamburg haben unter tatkräftiger Mitwirkung des Liquidators der Batschari-AG. zu dem Ergebnis geführt, daß die Baden-Badener Zigarettenfabrik als Zigarettenbetrieb und zwar als Reemtsmabetrieb erhalten bleiben wird. Man beabsichtigt, den Betrieb vollständig zu modernisieren, teilweise auch Umbauten vorzunehmen, um dadurch eine Zigarettenproduktion von der doppelten Höhe der bisherigen zu erreichen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,52
100 franz. Franken	16,41
100 schweiz. Franken	80,73

Börsenbericht

Die Börse hatte am Wochenende fast kein Geschäft und die Kurse gaben weiter nach.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 15. Juni.

Erdbeeren (Gartenprestlinge) 50—70; Stachelbeeren unreife 20,25; Kirschen 25—35; Kartoffel 4—6; Erbsen 20 bis 30; Kopfsalat 4—8; Wirsing 20—25; Blumenkohl 30—80; rote Rüben 20—30; Karotten 15—25; Zwiebel 7;—9; mit Rohr 10—20; Gurken große 30—85, Rettiche 10—25; Monatsrettiche 8—10, rote; 1 Bund 15—20, weiße; Spargeln Untert. 60—1,20; Schw. Spargel 40—1,00; Spinat 20—25; Rhabarber 8—10; Kohlraben 8—15.

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln alte 4,50 ℳ der Zentner, neue 22 ₰ das Pfund, gelbe Rüben 20 bis 30 ₰ der Bund Kopfkohlraben 10—15 ₰ das Stück, Blumenkohl 20—80 ₰, Kopfsalat 6—15 ₰, Gurken 30—60, je das Stück; Rettig 15—20 ₰ der Bund, Spinat 30 ₰, Rhabarber 20 ₰, Zwiebel 18—20 ₰, Kirschen 40—45 ₰ das Pfund; Tafelbutter 2,30 ℳ, Landbutter 1.90 ℳ; Eier 12—13 ₰.

Viehpreise.

Bernloch: Kühe: 480—550, trächtige Kalbeln 500—600, Stiere 400—600, Jungvieh 150—300 M. — **Urach:** Ochsen 540, Kalbinnen 505—681, Kühe 400—460, Jungvieh 190—400 M.

Schweinepreise.

Bernloch: Milchschweine 42—55 M. — **Besigheim:** Milchschweine 35—40, Läufer 62 M. — **Giengen a. Br.:** Saugschweine 47—57, Läufer 60—87 M. — **Güglingen:** Milchschweine 35—42, Läufer 70—90 M. — **Hall:** Milchschweine 43—56, Läufer 75 M. — **Ilshofen:** Milchschweine 32—55 M. — **Künzelsau:** Milchschweine 42—55, Läufer 50—60 M. — **Marbach:** Milchschweine 36—54 M. — **Oehringen:** Milchschweine 45—55 M. — **Rot am See:** Milchschweine 40—50 M. — **Rottweil:** Milchschweine 43—45 M. — **Vaihingen a. E.:** Milchschweine 45—56 M.

*

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftltg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württ. Landtag

Der Wirtschaftsetat im Landtag.

Im Landtag wurden die Kap. 65—68 mit den Ausschußanträgen angenommen. Namentlich abgestimmt wurde über einen Ausschußantrag, die Eingabe der Südd. Siedlungsgenossenschaft bei Bereitstellung staatlicher Mittel zur Erfüllung gemeinnütziger Siedlungsaufgaben dem Staatsministerium mit dem Ersuchen zu übergeben, es möge mit der genannten Genossenschaft sofort Verhandlungen aufnehmen und über das Ergebnis dem Landtag berichten. Der Antrag wurde mit 33 gegen 26 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Die Aussprache galt heute hauptsächlich dem Kap. 67 (Landesgewerbeamt). Der Abg. Weimer (S.) wünschte, daß das Reich bald ein Berufsausbildungsgesetz einbringe. Der Abg. König (Z.) sprach über die Bedeutung der milchwirtschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalt in Wangen, der Abg. Roth (Dem.) wünschte weitere finanzielle Hilfe für das Technikum für Textilindustrie in Reutlingen, der Abg. Herrmann (BB.) wandte sich gegen die Schikanen gegenüber den Landwirten bei den Nacheichungen. Wirtschaftsminister Dr. Beyerle, daß die Regierung die Förderung der heimischen Industrie und des Gewerbes als eine hochwichtige Aufgabe ansehe und der gewerblichen Weiterbildung volle Aufmerksamkeit schenke. Der Abg. Maier (DB) trat für den Handwerkerstand ein und geißelte scharf die Schwarzarbeit. Der Abg. Scheffold (Z.) begründete einen Antrag, der sich gleichfalls gegen die Schwarzarbeit wendet. Auch der Abg. Dr. Hölscher (BB.) erklärte, daß dieser Unfug energisch bekämpft werden müsse, weil er das Gewerbe schädige. Staatsrat Rau erklärte, die Bekämpfung der Schwarzarbeit sei sehr schwierig und könne nur durch das Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterbunden werden. Die Anträge gegen die Schwarzarbeit wurden angenommen. Man trat dann noch in die Beratung von Kap. 69—73 ein. Es gab dabei noch eine lange Aussprache über Fragen der Gewerbe- und Handelsaufsicht, der Sozialen und der Arbeitslosenfürsorge, wobei im großen und ganzen der Haltung des Wirtschaftsministeriums und der Unterbehörden zugestimmt wurde.

Dritter Nachtrag zum Staatshaushalt 1928.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit Schreiben des Staatsministeriums vom 14. d. M. ist dem Präsidium des Landtags der Entwurf eines 3 Nachtragsplans zum Staatshaushaltgesetz für 1928 zugegangen. In dem Plannachtrag werden bei der Innenverwaltung ein Teilbetrag für die Kosten der Einrichtung einer selbsttätigen Fernsprechvermittlungsanlage im Alten Schloß in Stuttgart Schloßzentrale) und bei der Wirtschaftsverwaltung Mittel zur Förderung des Weinbaus sowie zur Untersuchung der Weinberge und zur Vernichtung der Reblausherde angefordert. Durch Ersparnisse in den Planjahren 1926 und 1927 können insgesamt mehr als 8 Millionen RM. zur Deckung des Abmangels für das Rechnungsjahr 1928 herangezogen werden, so daß der ordentliche Dienst für 1928 nunmehr mit einem geringfügigen Abmangel abschließt.

Aus Württemberg

Zur Wahl des evangelischen Kirchenpräsidenten.

Die Wahl des evangelischen Kirchenpräsidenten erfolgt nach dem Kirchenverfassungsgesetz von 1920 auf Lebenszeit. Nach demselben Gesetz besteht der Wahlkörper aus den 65 Abgeordneten des Landeskirchentags, von denen 43 weltliche und 22 geistliche sind, und den 9 Mitgliedern des Oberkirchenrats, von denen 4 Juristen und 5 geistliche Mitglieder sind. Im ganzen besteht also der Wahlkörper aus 74 Mitgliedern, 47 weltlichen und 27 geistlichen. Zur Gültigkeit der Wahl sind zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich; bei voller Teilnahme müssen also auf einen Kandidaten mindestens 50 Stimmen entfallen. Die Vorschrift geht weiter dahin, daß die Wahl so lange fortgesetzt werden muß, bis sich eine Zweidrittelmehrheit auf eine Person vereinigt. Bei der letzten Wahl brachte erst der vierte Wahlgang eine Zweidrittelmehrheit, nachdem in drei Wahlgängen die beiden Gruppen des Landeskirchentags an ihrem Kandidaten festgehalten hatten. Kirchenpräsident D. Dr. v. Merz war ursprünglich als Kandidat gar nicht genannt worden. Was die Zusammensetzung des Landeskirchentags betrifft, so zählt die positiv gerichtete Gruppe 35 Mitglieder, die liberale Gruppe 29 Mitglieder, ein Abgeordneter gehört keiner Gruppe an. Bei diesem Stimmenverhältnis ist es klar, daß es keine der beiden Gruppen selbst unter Zuziehung aller Mitglieder des Oberkirchenrats möglich ist, die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit zu erreichen, sodaß, was durchaus zu begrüßen ist, die Wahl nur durch Verständigung zustande kommt. Irgend eine Bestätigung der Wahl durch die Staatsregierung findet nicht statt. Nach dem Kirchenverfassungsgesetz braucht der Kirchenpräsident, wie dies auch in anderen evangelischen Landeskirchen der Fall ist, kein Geistlicher zu sein; in der preußischen evangelischen Landeskirche beispielsweise ist der Präsident ein Jurist.

Aus aller Welt

Das neue Dornier-Riesenflugzeug.

In etwa 6—8 Wochen kann Deutschland mit Recht behaupten, das größte Flugzeug der Welt zu besitzen, denn bis zu diesem Zeitpunkt dürfte das Riesenflugzeug der Dornierwerke, das in Altenrhein am Bodensee gebaut wird, fertig gestellt sein. Das neue Flugzeug soll hauptsächlich für Ozeanflüge bereit gestellt werden. Infolge der starken Maschinenanlage ist es in der Lage, eine Höchstgeschwindigkeit von 250 Kilometer in der Stunde zu erreichen. Die 6 Motore sind paarweise auf der Oberseite der Flügel aufgebaut. Es ist somit den Monteuren die Gelegenheit gegeben, auch während des Fluges zu den Motoren zu gelangen. In dem Flugzeuginnern können bequem 60 Passagiere in den eingebauten Kabinen, sowie 10 Mann Besatzung untergebracht werden. Außerdem sind eine elektrische Küche und ein Speiseraum eingebaut. Das ganze Flugzeug ist aus Duraluminium hergestellt.

Geheimbrennerei in einer Berliner Villa.

Die Zoll-Fahndungsstelle des Landesfinanzamts Berlin hat nachts in einer Villa in Schmöckwitz eine Geheimbrennerei ausgehoben, in der seit langem größere Mengen Sprit hergestellt wurden. An dem Betrieb waren ein Verwandter des im Stinnesprozeß vielgenannten Bela Grosz, der Kaufmann Robert Grosz, der von den Schmuggleraffären der Spreejacht „Inge Nixe" bekannte Ingenieur Bauer, dessen Sohn und ein junger Mann namens Willy Schulze beteiligt. Grosz und Schulze sind festgenommen, während Bauer und sein Sohn wiederum, wie seinerzeit als ihre Yacht beschlagnahmt wurde, entkommen konnten.

Schweres Grubenunglück.

Aus Kassel wird berichtet: In der Grube Altburg bei Borke sauste ein Förderwagen, der nicht angeseilt war, in die Tiefe und traf mehrere am Fuße der Grube beschäftigte Arbeiter. Zwei Arbeiter, der 24jährige Arndt aus Harhausen und Ochs aus Längsberg, wurden so schwer verletzt, daß sie im Laufe der Nacht starben. Zwei Arbeiter wurden leicht verletzt. Die Untersuchung über die Ursache ist noch im Gange.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amtsgericht Calw.

Vereinsregistereintrag vom 15. Juni 1929: Turnverein Hirsau in Hirsau.

Feldbereinigung II in Liebelsberg.

Die Besitzstands- und Einschätzungstagfahrt findet am **Freitag, den 5. Juli 1929, nachmittags 3 Uhr,** in Liebelsberg auf dem Rathaus statt.

Etwaige Einwendungen der Grundstückseigentümer od. sonstiger Interessenten, wie Anlieger, Nutznießer usw. gegen die Besitzstandsaufnahme und die Schätzung sind bei Ausschlußvermeidung bis zur Tagfahrt oder in letzterer selbst vorzubringen. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand findet gegen die Versäumung rechtzeitigen Vorbringens solcher Einwendungen nicht statt. Die Beisitzstands- u. Einschätzungsakten liegen vor der Tagfahrt mindestens 2 Wochen lang auf dem Rathaus in Liebelsberg zur allgemeinen Einsichtnahme auf

Die Mitglieder der Vollzugskommission sind auf Verlangen bereit, das von ihr eingehaltene Verfahren auf der Tagfahrt mündlich zu erläutern.

Die Zustellung der Besitzstandsauszüge an die beteiligten Grundstückseigentümer durch die Vollzugskommission wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Calw, den 14. Juni 1929.

Oberamt: Nippmann.

Straßensperre

Die Staatsstraße

Nr. 102, Böblingen — Calw — Calmbach, wird wegen Bewalzung nach dem Betonalverfahren

zwischen Ostelsheim und Althengstett

vom 19. bis 29. Juni für den gesamten Fuhrwerks- und Kraftwagenverkehr

gesperrt.

Verkehrsumleitung: Dätzingen — Schafhausen — Weilderstadt — Simmozheim — Althengstett.

Calw, den 11. Juni 1929.

Oberamt Calw: i. V. Nagel, Regierungsrat.
Straßen- u. Wasserbauamt Calw: Geiger.

Ihr Magen arbeitet nicht?
Ihre Galle stockt, die Verdauung fehlt?
Nehmen Sie sof. Abt Gebhardts echte Kloster-Lebensessenz
In den Apotheken zu Calw, Liebenzell und Teinach
Probefl. 1.40 Mk. Originalfl. 2.50 Mk.

Ludwigsburger Falzziegel
empfiehlt billigst jedes Quantum
Carl Pfeiffer, Baumaterialien Tel. 97.

Geislingen-Steige, Karlstraße 56 I, 15. Juni 1929.

Statt Karten.

Todes-Anzeige

Gestern abend ist unsere liebe Tante

Frau Anna Schützle Witwe

geb. Albeck

nach langem Leiden im Alter von nahezu 70 Jahren sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Anne und Heinz Albeck.

Calw, den 16. Juni 1929.

Todes-Anzeige

Unser lieber, treubesorgter Vater, Großvater, Urgroßvater und Onkel

Johann Ulrich Klöpfer

ist heute Nacht in seinem 88. Lebensjahr sanft entschlafen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Kinder:
Carl Klöpfer, Amtsgerichts-Präsident, Stuttgart;
Marie Karpf Witwe, geb. Klöpfer, Calw.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr statt.
Wir bitten um stille Teilnahme

Tüchtige Acquisiteure
für Calw, Calmbach, Wildbad etc.
aus der Möbel- oder verwandten Branchen gesucht gegen Fixum und Provision.
Carl Landes & Söhne G.m.b.H., Pforzheim

Für die
heißen Tage
empfiehlt:
Zitronensaft
Orangeade
Citrovin
Citril
Erdbeersaft
Himbeersaft
sämtliche in Flaschen
Ia. Himbeersaft
offen 1 Pfd. Mk. 1.10
5% Rabatt
Fr. Lamparter
am Markt.

Jeden Dienstag u. Freitag gibts von 1/2 10-12 Uhr
Nudelböden
Hermann Schnürle, Teigwarengeschäft.

Den Gras- und Klee-Ertrag
von zirka 3 1/2 Morgen verkauft morgen Dienstag abend 6 Uhr, auf dem Platze, am unteren grünen Weg. Liebhaber sind eingeladen.
Emil Rau.

Brennessel- und Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei
K. Otto Bingon, Calw.

An Alle!
Kaufen Sie kein Kleid und kaufen Sie keinen Mantel, ohne unsere grosse Auswahl gesehen zu haben!
Krüger & Wolff
PFORZHEIM.

Bin an das Fernsprechnetz unter
Nr. 308
angeschlossen
Chr. Widmaier
Mech. Werkstätte
Motorräder-Fahrräder-Nähmaschinen.
Reparaturen — Ersatzteile.

Hohe Provisionen
zahlen wir für Nachweis von
Möbel-Interessenten
sofort nach Geschäftsabschluß.
Trotz billigster Preise bei bekannt besten Qualitäten bieten wir große Zahlungserleichterungen.
Carl Landes & Söhne G.m.b.H., Pforzheim

Bequeme Teilzahlung! **Möbel!** Bequeme Teilzahlung!
Habe auf Lager:
2 eichene Schlafzimmer
mit 180er Schränken und Facette-Ovalspiegel alles in solider Ausführung.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Guterhaltenen
Kinderkorbwagen
verkauft.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Haarspangen
repariert
J. Obermatt, Friseur
beim Adler, Telefon 204.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw